

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

08.11.2021

Inhalt

EWN

1 Tourismusverein MV warnt vor Lockdown Light: „2G wäre Nackenschlag für die Wirtschaft“	
<i>Ostsee-Zeitung.de, 07.11.2021</i>	3
2 Nord Stream 2 unter Druck	
<i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 08.11.2021</i>	4
3 Aufmarsch der Untoten	
<i>DER SPIEGEL, 06.11.2021</i>	6
4 Atomkraft: Rolls-Royce bringt kleine Reaktoren ins Rollen	
<i>Elbe-Jeetzel-Zeitung Online, 07.11.2021</i>	8
5 „Atomkraft ist nicht nachhaltig“: BASE-Präsident König lehnt längere Laufzeiten für Kernkraftwerke ab	
<i>Elbe-Jeetzel-Zeitung Online, 06.11.2021</i>	10
6 Welche alternative Zwischenlager für Asse-Müll denkbar sind	
<i>wolfenbuetteler-zeitung.de, 05.11.2021</i>	11

Tourismusverein MV warnt vor Lockdown Light: „2G wäre Nackenschlag für die Wirtschaft“

Der Tourismusverein MV kritisiert die aktuelle Diskussion um die 2G-Regeln. Sie seien für alle Branchen eine Katastrophe und würden ein „völlig falsches Signal“ senden. Skandinavische Länder wie Dänemark oder Schweden seien ein Beispiel, dass es auch ohne strenge Einschränkungen gehe.

Sassnitz Impfpflicht für Mitarbeiter in Krankenhäusern und Pflegeberufen? Die aktuelle Diskussion um 2G-Regeln im Gesundheitsbereich könnte nur ein Testballon sein, um das Modell unter dem Deckmantel „Lockdown Light“ auf weitere Bereiche auszudehnen, warnt Oliver Roeber, Vorsitzender des Tourismusverein M-V, in einer Mitteilung vom Sonntag. „Wenn das so kommt, dann sei das ein Nackenschlag für die gesamte Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern“ so Roeber.

Nach zwei mageren Tourismusjahren benötige die Wirtschaft in MV Impulse und Unterstützung, um Gäste zurückzugewinnen. Die Verschärfung von 3G auf 2G sei hier das falsche Signal und würde einen wichtigen Gästeanteil ausgrenzen. Denn gerade im Winter habe das Land jede Übernachtung nötig. Davon hingen nicht nur für Hoteliers und Privatvermieter die Einnahmen ab, sondern auch die Gastronomie und der Einzelhandel bräuchten jeden Euro, um die Vorjahresverluste abzufedern und über den anstehenden Winter zu kommen. Das bisherige System „Test bei Anreise“ habe sich bewährt und benötige keine Erweiterung, so Roeber.

Tourismusverein blickt nach Skandinavien

„Ein 2G-Impf- und Testzwang ist für viele Branchen eine Katastrophe“, warnt auch Ulrich Langer, Stralsun-

der Unternehmer, denn schon jetzt seien Fachkräfteschwer zu finden. Wenn ein kleines Unternehmen drei Angestellte habe und davon fallen zwei wegen der Impf- und Testregeln raus, dann kann man unter Umständen alles dicht machen, so Langer.

Der Unternehmer verweist auf Skandinavien: „Hier ist man ohne geschlossene Geschäfte, Hotels und Zwangsmaßnahmen genauso gesund durch den letzten Winter gekommen, ohne die heimische Wirtschaft zu ruinieren. Mecklenburg-Vorpommern, Schweden und Dänemark ähneln sich von der dünn besiedelten Bevölkerungsstruktur mit wenigen städtischen Zentren, hier haben Infektionskrankheiten von Natur aus weniger Verbreitungsmöglichkeiten.“ Daher halte er es für unverantwortlich, den Streit um eine Impf- oder Testpflicht jetzt in die Unternehmen zu tragen.

Der neu gegründete Tourismusverein M-V vertritt nach eigenen Angaben alle im Tourismus engagierten Menschen, wie etwa (Privat-)Vermieter, Gastronomen, Unternehmer und Kulturschaffende. Der Tourismus war vor Corona mit knapp acht Milliarden Euro der wichtigste Wirtschaftszweig in Mecklenburg-Vorpommern. Die Vermieter von Ferienwohnungen, Gewerbetreibende und Kleinunternehmen haben daran einen Anteil von etwa 80 Prozent und bilden damit die Basis für den Tourismus im Land.

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 08.11.2021 | S. 13-SEITE 13

📄 Auflage: 19.166 | Reichweite: 37.417

👤 Christopher Hirsch

Nord Stream 2 unter Druck

Auf vielen Schauplätzen wird um die Betriebsaufnahme erbittert gerungen

Etwa 103 bar liegen laut Betreiber an, etwa 177 Millionen Kubikmeter Gas wurden eingefüllt. Alles bereit für den ersten Gastransport von Russland durch die Ostsee nach Deutschland also. Bis es so weit ist, könnte es allerdings noch einige Zeit dauern. Während Politiker sich zum Für und Wider einer Inbetriebnahme der Pipeline Nord Stream 2 äußern, sind jetzt vor allem Behörden am Zug. Aber auch Gerichte könnten ein Wörtchen mitreden.

Technisch ist zumindest der erste Strang vor Wochen vom zuständigen Bergamt Stralsund für den Betrieb freigegeben worden. Der Gastransport in den deutschen Binnenmarkt ist derzeit dennoch nicht zulässig, weil noch eine Zertifizierung der Bundesnetzagentur aussteht. Ohne diese drohen etwa Bußgelder.

Die Behörde prüft aktuell, ob Betrieb der Leitung und Vertrieb wie von der EU-Gasrichtlinie vorgesehen ausreichend getrennt sind. Die Nord Stream 2 AG hat dazu eine Zertifizierung als Unabhängiger Transportnetzbetreiber beantragt. Sie hat laut Behörde ein Modell gewählt, bei dem Nord Stream 2 im Konzernverbund von Gazprom – dem Gaslieferanten – verbleiben kann. Die Unabhängigkeit werde etwa in Bezug auf Organisationsaufbau oder Personal geprüft. Dabei handelt es sich nach Darstellung der Bonner Behörde um ein Verwaltungsverfahren und kein politisches. Die Bundesnetzagentur hat bis Anfang Januar Zeit. „Wir führen das Verfahren so schnell, wie es geht“, heißt es dazu. Es sei nicht das erste Verfahren dieser Art, das man führe. Nord Stream 2 hat signalisiert, das Zertifizierungsverfahren abwarten zu wollen.

Vor einer endgültigen Zertifizierung muss zudem noch eine Überprüfung durch die Europäische Kommission erfolgen. Für diese und die abschließende Stellungnahme könnte sich die Brüsseler Behörde bis zu vier Monate Zeit nehmen. Erst danach darf laut Richtlinie die endgültige Entscheidung von der nationalen Regulierungsbehörde erlassen werden.

Diese kann theoretisch auch von der Stellungnahme

der Kommission abweichen. Dann droht Deutschland allerdings eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH). An den Richtern in Luxemburg wäre es dann zu entscheiden, ob bei der deutschen Zertifizierungsentscheidung EU-Recht eingehalten wurde.

Die EU-Kommission wird die Frist zur Ausarbeitung der Stellungnahme wohl ausschöpfen, auch weil der politische Druck von Pipeline-Gegnern groß ist. Nord Stream 2 sei „kein Projekt von gemeinsamem europäischem Interesse“, sagte ein Kommissionssprecher. Nach der Stellungnahme aus Brüssel hat wiederum die Bundesnetzagentur zwei Monate Zeit für eine etwaige Zertifizierung.

Am liebsten würde sich die Nord Stream 2 AG das Verfahren sicherlich komplett sparen, das auch wirtschaftliche Abstriche beim Betrieb der Pipeline zur Folge haben dürfte. Als unabhängiger Transportnetzbetreiber müsste man auch anderen Gaslieferanten Pipeline-Kapazitäten zur Verfügung stellen. Zudem müsste sich das Unternehmen den Regeln des deutschen Gasmarktes unterwerfen und etwa ein festgelegtes Entgelt für den Gasimport zahlen. Das Unternehmen geht vor dem Bundesgerichtshof, einem Schiedsgericht sowie dem EuGH gegen entsprechende Regeln oder deren Geltung für die Pipeline vor. Es argumentiert unter anderem, dass eine 2019 – also nach Baubeginn - in Kraft getretene Änderung der Richtlinie speziell auf Nord Stream 2 abziele und damit EU-Rechtsgrundsätze der Gleichbehandlung und Verhältnismäßigkeit verletze. Ein nicht bindendes Gutachten des EuGH stimmte dem kürzlich insofern zu, als dass im Grunde tatsächlich nur Nord Stream 2 betroffen sei. Eine Entscheidung steht noch aus.

Doch die Pipeline beschäftigt noch weitere Gerichte. So klagen der Naturschutzbund Deutschland (Nabu) und die Deutsche Umwelthilfe (DUH) vor dem Verwaltungsgericht Hamburg und vor dem Oberverwaltungsgericht Greifswald gegen das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie beziehungsweise gegen das Bergamt Stralsund als Genehmigungsbehör-

den.

DUH-Geschäftsführer Sascha Müller-Kraenner rechnet sich vor allem im Greifswalder Verfahren gute Chancen aus. Teil der Bau- und Betriebsgenehmigung durch das Bergamt Stralsund sei eine Umweltverträglichkeitsprüfung auch mit Blick auf die Klimabilanz

gewesen. Die Genehmigung müsste überprüft werden, wenn grundlegende neue Erkenntnisse auftreten. Neue Daten zeigten, dass die Klimabilanz von Gas schlechter sei als bisher angenommen, etwa durch Methanemissionen bei Förderung und Transport.

DER SPIEGEL | 06.11.2021 | S. 77

Auflage: 681.567 | Reichweite: 4.975.000

Frank Dohmen

STROMERZEUGUNG

Aufmarsch der Untoten

Die Rufe nach einer Renaissance der Kernkraft werden lauter. Doch Atom- ist kein Grünstrom.

Plötzlich sind sie wieder da. Die Befürworter der Kernenergie. Die Untoten des Deutschen Atomforums. All die Ingenieure und Wissenschaftler, die seit 30 Jahren »unmittelbar vor der Fertigstellung« des inhärent sicheren Atommeilers stehen, die den smarten Kugelhaufenreaktor für den Hinterhof fast serienreif haben – aber wie in Jülich nicht einmal die Forschungsreaktoren an ihren eigenen Instituten in den Griff bekamen.

Sie alle haben gerade Oberwasser. Fordern lautstark, was sie immer schon verlangt haben. Eine Verlängerung der Laufzeiten für die bestehenden Atommeiler und mehr Geld für den Bau neuer Anlagen. Dem Klima zuliebe.

Verhindert werden kann der Klimakollaps nur, wenn die Stromerzeugung konsequent auf eine dezentrale Versorgung mit regenerativen Energien umgestellt wird. Nur leider haben die meisten europäischen Länder in der Vergangenheit zu wenig in grünen Strom investiert. Selbst die Bundesrepublik als ehemaliges Vorzeigeland der Energiewende hängt mit ihren Ausbauplänen weit zurück, steuert gar auf einen Versorgungsengpass zu. Denn im kommenden Jahr sollen die letzten fünf Atommeiler vom Netz gehen und bis spätestens 2038 der Ausstieg aus der Kohleverstromung besiegelt sein.

Genau hier liegt das Einfallstor der Befürworter einer Kernkraft-Renaissance. Um ausreichend CO₂-freien Strom in den Netzen zu haben, fordern die Atomapologeten, die Laufzeiten der noch bestehenden deutschen Meiler um 10 bis 15 Jahre zu verlängern. Zudem verlangen sie den Bau neuer Kraftwerke, um bezahlbaren Strom langfristig zu sichern. Ihr Vorbild: Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron, der gerade ein neues Atomzeitalter ausgerufen hat.

Und tatsächlich: Die Rhetorik der AKW-Befürworter verfängt. Selbst in Deutschland, wo sich Teile der In-

dustrie, Wirtschaftsgrößen wie Ex-BASF-Chef Jürgen Hambrecht sowie Gruppen der FDP und AfD für einen Wiedereinstieg starkmachen – auch wenn einige noch verbrämt von einer »Übergangstechnologie« sprechen. Schaut man sich jedoch deren Argumente an, bleibt von den vermeintlichen Vorteilen wenig übrig. Atomkraft ist keineswegs preiswert. Im Gegenteil. Sie ist im direkten Vergleich sogar unverhältnismäßig teuer.

Die Kilowattstunde Strom aus einem neu errichteten Atomkraftwerk kostet zwischen 11 und 17 Cent. Fotovoltaikstrom kann man in sonnenreichen Gebieten für 2 bis 6 Cent pro Kilowattstunde produzieren. Windstrom für etwa 2 bis 8 Cent. Nicht eingerechnet sind darin die Kostenexplosionen, die durch Fehlplanungen, Sicherheitsrisiken und die ewigen Verzögerungen bei der Bauzeit von Atommeilern entstehen können.

Im finnischen Olkiluoto etwa baut der französische Atomkonzern Areva seit dem Jahr 2005 an einem europäischen Druckwasserreaktor. Eigentlich hätte der Meiler bereits im Jahr 2009 ans Netz gehen sollen. Doch angefangen bei den Fundamenten über den Stahl bis hin zu diversen Sicherheitsmängeln lief so ziemlich alles schief, was schief laufen konnte. Immer wieder wurde der Starttermin verschoben – zuletzt auf den Sommer 2022. Experten schätzen, dass sich die Kosten von ursprünglich angesetzten drei Milliarden Euro etwa vervierfacht haben dürften.

Nicht besser sieht es im französischen Flamanville aus. Dort klempnert der Energiekonzern EDF zusammen mit Areva seit 2007 an einem angeblichen Zukunftsreaktor. Auch hier musste der Start wegen immer neuer Sicherheitsfragen Jahr für Jahr verschoben werden. Die Kosten stiegen von gut 3 auf inzwischen fast 20 Milliarden Euro. Für die Inbetriebnahme peilen EDF und Areva nun das Jahr 2024 an.

Private Investoren sind aufgrund dieser Unberechenbarkeit und wegen der ungelösten Endlagerfrage des Atommülls für neue AKW-Projekte kaum zu gewinnen. Nur wenn in Frankreich der Staat und damit der Steuerzahler das Risiko übernimmt, werden neue Kraftwerke überhaupt noch geplant.

Wirklich preiswert ist Atomstrom nur dort, wo längst abgeschriebene AKW immer noch am Netz hängen. Doch mit jeder Verlängerung der Laufzeit steigt das Risiko eines atomaren Unfalls. Die meisten Atomkraftwerke liegen zur Kühlung an Flüssen oder Küsten. Auf Überschwemmungen wie in Deutschland vor wenigen Monaten oder steigende Meeresspiegel sind sie nur ungenügend vorbereitet.

Ein Weiterbetrieb deutscher AKW ist ohnehin reines Wunschdenken – selbst wenn der zwischen Bundesregierung und Betreibern geschlossene Ausstiegsvertrag noch einmal geändert werden sollte. Die Reaktorkerne sind entweder längst entladen oder so optimiert, dass sie mit den vorhandenen Brennelementen nur noch die zugelassene Restlaufzeit schaffen. Für einen Weiterbetrieb müssten neue Brennelemente beschafft werden. Ein langwieriger und teurer Prozess.

Zumal Ersatzteile und notwendige Prüfgeräte an den

Standorten kaum mehr vorhanden sind. Das hoch spezialisierte Personal wurde schon vor Monaten in den Vorruhestand geschickt oder wanderte ab und ist kaum zu ersetzen. Noch gravierender: Für einen Wiederbetrieb gibt es keine gültigen Genehmigungen mehr. Sie wiederzuerlangen, heißt es in Aufstellung eines Betreibers, dürfte Jahre dauern, wenn es wegen verschärfter Sicherheitsanforderungen überhaupt klappt.

Der wahre Grund für die Atomeuphorie liegt Experten zufolge woanders: im komplexen System der Taxonomie. Seit Monaten streiten die EU-Regierungschefs darüber, wie sich Anreize für eine CO₂-arme Wirtschaft schaffen lassen. Produkte, die CO₂-frei hergestellt werden, sollen deutlich besser gestellt werden.

Wenn es also Frankreich gelingt, dass Atomstrom wie erneuerbare Energien eingestuft wird, dann ließe sich nicht nur in AKW angeblich grüner Wasserstoff produzieren und verkaufen. Auch Autos, Stahl und Chemieprodukte aus Frankreich, Polen und England könnten dann grün deklariert und preiswerter gehandelt werden als Waren, die konventionell erzeugt werden.

Und das wäre für die deutsche Wirtschaft tatsächlich ein Problem.



📰 Elbe-Jeetzel-Zeitung Online | 07.11.2021

👤 Matthias Koch, RND

🔗 WEBLINK

Atomkraft: Rolls-Royce bringt kleine Reaktoren ins Rollen

Ab 2031 will der britische Technologiekonzern Rolls-Royce Seine „Small Modular Reactors“ als Serienprodukt auf den Markt bringen, es soll zugehen wie beim Brezelbacken.

Die Briten haben dabei auch einen Markt im Blick, den sie als Staat gerade verlassen haben: die Europäische Union. Wenn der Durchschnittsdeutsche dies alles hört, denkt er an einen Aprilscherz und winkt ab. Atomkraftwerke, die auf einen Lastwagen passen? Die bei Bedarf geliefert und bei Nichtgefallen oder Funktionsstörungen auch wieder abgeholt werden? Die noch dazu eine „Walk-away-Sicherheit“ bieten sollen und angeblich nicht mal im Notfall irgendeine Betreuung durch Menschen brauchen - einfach weil sie so klein sind und schon prinzipiellen physikalischen Gründen nicht genug Hitze entwickeln können, um durchzubrennen wie Tschernobyl oder Fukushima? Das, sagen die meisten spontan, kann doch alles gar nicht wahr sein.

Und wenn doch?

Der Firmenname hat einen besonderen Klang Rolls-Royce, der prominenteste Hightechkonzern Großbritanniens, hat sich vorgenommen, genau diese Vision Realität werden zu lassen. Mit den teuren altmodischen Autos gleichen Namens hat Rolls-Royce schon seit Langem nichts mehr zu tun; die Markenrechte wurden an BMW verkauft.

Rolls-Royce macht seine globalen Geschäfte vor allem mit Flugzeugturbinen und Schiffsantrieben. Auch in diesem Sektor allerdings hat der Name der Firma einen besonderen Klang. „Rolls-Royce steht für Verlässlichkeit“, sagt Alastair Evans, der für Regierungsangelegenheiten zuständige Manager in der schnell wachsenden SMR-Abteilung des Konzerns. „Das werden wir uns natürlich auch beim Geschäft mit den kleinen Reaktoren zunutze machen.“ Der Umgang mit nuklearen Techniken ist für die Firma Alltag. Sie liefert seit Jahrzehnten die Minireaktoren, die in britischen Atom-U-Booten ihren Dienst tun.

„Hey, wir arbeiten gerade an einer Stromversorgung ohne Kohlendioxidausstoß“: Rolls-Royce-Manager

Alastair Evans.

Evans, 35, gelernter Jurist, erzählt im Gespräch mit dem RedaktionsNetzwerk Deutschland, er habe jetzt den bislang besten Job seines Lebens. Zuvor war er für Firmen tätig, die mit Öl und Gas zu tun hatten. „Jetzt kann ich meinen beiden kleinen Kindern ins Auge sehen und sagen: Hey, wir arbeiten gerade an einer Stromversorgung ohne Kohlendioxidausstoß.“ Macht ihm, wenn er schon den Blick auf künftige Generationen ins Spiel bringt, die Endlagerproblematik keine Sorge? Als bislang einziger europäischer Staat mit Atomkraftwerken hat bislang Finnland ein Antwort auf die Endlagerfrage gefunden: in Granit, auf einer entlegenen Insel.

Deutsche Fachleute winken ab

Dass genau hier der Nachteil der Atomkraft liege, sagt Evans, sei etwas, wozu man sich klar bekennen müsse, alles andere sei unredlich. Anders als andere SMR-Befürworter verweist Evans auch nicht auf die vagen Hoffnungen der Wissenschaft, durch eine sogenannte Transmutation irgendwann in der Zukunft die Strahlung des Mülls reduzieren zu können. Man müsse sich ehrlicherweise darauf einstellen, sagt Evans, für nukleare Endlager sorgen zu müssen. Dies sei aber gegenüber der heillosen Überhitzung der Erdatmosphäre „das weitaus geringere Übel“. Letztlich gehe es um politische Abwägungen.

Deutsche Fachleute winken ab. In Berlin hat das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) bereits im Frühjahr dieses Jahres eine umfangreiche Übersicht über alle SMR-Projekte weltweit erstellt - und in einem Gutachten eine skeptische Bilanz gezogen. Allein die Vielzahl der Anlagen lässt die Deutschen schaudern: „Anstelle von heute circa 400 Reaktoren mit großer Leistung würde dies den Bau von vielen tausend bis zehntausend SMR-Anlagen bedeuten.“ Zwar könnten SMR gegenüber Atomkraftwerken

mit großer Leistung potenziell sicherheitstechnische Vorteile erzielen, da sie ein beispielsweise geringeres radioaktives Inventar pro Reaktor aufweisen. Die hohe Anzahl an Reaktoren, die für die gleiche Produktionsmenge an elektrischer Leistung notwendig ist, erhöht jedoch das Risiko wieder. Zudem müsse - im Gegensatz zu den Herstellerangaben - „davon ausgegangen werden, dass die Möglichkeit von Kontaminationen besteht, die deutlich über das Anlagengelände hinausreichen“.

Dass die Deutschen auch mit Blick auf kleine Reaktoren bei ihrem Atomkraft-nein-danke-Kurs bleiben, überrascht bei Rolls-Royce niemanden. Mit britischer Höflichkeit betont Evans, jede Nation müsse ihren eigenen Weg finden. Bei vielen werde ein Umdenken erst dann einsetzen, wenn im Jahr 2031 die ersten 16 Rolls-Royce-SMR abgeladen werden und funktionieren: „Manche werden es erst glauben, wenn sie es sehen.“ Ein Kraftwerk, das ganz ohne Treibhausgase eine ganze Stadt versorgen kann, jahrzehntelang, und dies auch noch zu günstigen Preisen, werde seinen ganz eigenen Charme entfalten.

Rolls-Royce sieht in der EU enorme Marktpotenziale für SMR. Estland hat bereits den Finger gehoben, ein „Memorandum of Understanding“ zwischen Rolls-Royce und der estnischen Stromlieferanten Fermi Energia wurde bereits im März dieses Jahres unterzeichnet. Spannend sei nicht zuletzt, wie sich bislang schwankende Staaten wie die Niederlande entscheiden: Hier spürt Evans so etwas wie „ein neues Nachdenken übers Nukleare“.

Außerhalb Europas gehören unter anderem die Philippinen mit ihrer zerklüfteten Inselstruktur zu den Interessenten. SMR-Lösungen könnten den Energieversorgern dort das aufwändige Verlegen von Kabeln ersparen.

„Wir müssen uns beeilen, sonst machen das andere“

Entscheidend sei, glaubt der Brite, dass die Sache nicht allzu viel koste und möglichst entdramatisiert wird. Eine Kommune oder auch eine Stahlfabrik, die ein kleines Atomkraftwerk bestelle, sei nicht daran in-

teressiert, künftig als Betreiber eines Reaktors in Erscheinung zu treten. „Die Kunden wollen eigentlich nur den Strom“, sagt Evans. „Deshalb arbeiten wir an Konzepten dafür, die SMR schlüsselfertig hinzustellen, alles genormt, alles aus bewährter Serienproduktion.“

Eine hohe Stückzahl, das haben intern schon die Betriebswirte von Rolls-Royce vorgerechnet, sei der Schlüssel zum ökonomischen Erfolg des gesamten Projekts. Geplant ist eine große SMR-Fabrik, die idealerweise in hochautomatisierten Prozessen in engem Takt immer neue SMR hervorbringt, wie beim Brezelbacken. Auch in den USA wird an Minireaktoren gearbeitet. Ebenso wie Rolls-Royce plant die Firma Nuscale aus dem Bundesstaat Oregon SMR, die auf Lastwagen geladen werden können.

„Wir müssen uns beeilen, sonst machen das andere“, sagt Evans. In den USA, in Russland, in China und auch in Japan ruderten viele in genau die gleiche Richtung. Frankreich, das jahrelang auf weniger Atomstrom zu steuerte, will neuerdings die SMR-Entwicklung durch staatliche Programme im Rahmen des Projekts „France 2030“ fördern.

Atomkraft, aber anders: Löst die Kernfusion unser Energieproblem?

Klimaschutz durch Kernkraft? Der Trend geht zum Minireaktor

Verzögerung des Atomausstiegs: Experten sehen keine grundsätzlichen sicherheitstechnischen Bedenken eines Weiterbetriebs. Die Technologie, um die es geht, sei als solche eigentlich kein Geheimnis, sagt Evans. Wer jetzt aber nur den einen oder anderen SMR als experimentellen Prototyp hervorbringe, zahle als Unternehmen unter Umständen drauf. Gewinnen werde den Wettbewerb, wer in die Serienproduktion gehen kann, weil er als erster eine rundum kundenfreundliche Lösung bietet. In Gesprächen mit den Kollegen aus der eigenen Flugzeugturbinensparte kläre Rolls-Royce gerade, wie eine parallele Struktur für Minireaktoren entworfen werden könnte, von den Lieferketten über die Montage bis zum Kundendienst. „Wenn wir alles so ähnlich hinkriegen wie bei den Flugzeugturbinen“, sagt Evans, „sind wir weltweit vorn.“



📰 Elbe-Jeetzel-Zeitung Online | 06.11.2021

👤 RNA

🔗 WEBLINK

„Atomkraft ist nicht nachhaltig“: BASE-Präsident König lehnt längere Laufzeiten für Kernkraftwerke ab

Sollte Deutschland in Zukunft doch wieder stärker auf Atomenergie setzen? Wolfram König, Präsident des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), verneint das.

Dieser Schritt helfe nicht in der Energiewende. Der Präsident des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), Wolfram König, lehnt längere Laufzeiten für die noch verbliebenen Atomkraftwerke in Deutschland entschieden ab. „Die Debatte um etwaige Laufzeitverlängerungen von den letzten Atomkraftwerken in Deutschland hilft in keinerlei Richtung bei der notwendigen Transformation der Energieversorgung“, sagte König der Deutschen Presse-Agentur.

Was soll mit den Abfällen geschehen?

Die Diskussion über längere Laufzeiten für Atommeiler befinde sich mittlerweile auf einer Ebene, die „völlig losgelöst“ sei von den „technischen, genehmigungsrechtlichen und politischen Realitäten“, erklärte König, dessen Behörde hierzulande unter anderem die Aufsicht über den Umgang mit hochradioaktiven Abfällen hat. In den vergangenen Tagen hatte es immer wieder Diskussionen über eine mögliche Rückbesinnung auf die Atomenergie als Energie der Zukunft gegeben. Unter anderem hatte sich der frühere Vorstandsvorsitzende des Chemiekonzerns BASF, Jürgen Hambrecht, für eine Laufzeitverlängerung der sechs verbliebenen deutschen Atomkraftwerke ausgesprochen. Die geschäftsführende Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) erteilte solchen Forderungen

eine klare Absage.

Grüne Atomkraft? Die Kernenergie spaltet Europa

Verzögerung des Atomausstiegs: Experten sehen keine grundsätzlichen sicherheitstechnischen Bedenken eines Weiterbetriebs

Atomkraft, aber anders: Löst die Kernfusion unser Energieproblem? Auch König betonte, dass ein Wiederaufleben der Kernenergie Probleme auf mehreren Ebenen mit sich bringen würde. 60 Jahre nach Einstieg in die Atomkraft sei etwa die Endlagerung der hochgefährlichen Abfälle „immer noch weltweit unbeantwortet“, sagte er. Die Suche nach einem sicheren Endlager „stünde wieder auf dem Spiel“, wenn Deutschland nun Abstand von dem für Ende 2022 festgelegten Atomausstieg nehmen würde.

Auch die aktuellen Überlegungen der EU-Kommission, Investitionen in Atomenergie als nachhaltig einzustufen, sieht der BASE-Chef kritisch. „Atomkraft ist nicht nachhaltig. Sie hinterlässt hochgefährliche Abfälle, für die Generationen die Lasten tragen müssen“, sagte er. Erneuerbare Energien seien wesentlich wirtschaftlicher. „Der Weg in eine nachhaltige Zukunft führt jedenfalls nicht über die Wiederholung der Fehler der Vergangenheit.“

 wolfenbuetteler-zeitung.de | 05.11.2021

 WEBLINK

Welche alternative Zwischenlager für Asse-Müll denkbar sind

Es gibt sie, die alternativen Standorte zu einem Zwischenlager für den schwach- und mittelradioaktiven Abfall aus dem maroden Salzbergwerk Asse II.

Es muss – auch nach Ansicht der Vertreter des Asse-II-Koordinationskreises, eines Zusammenschlusses von Bürgerinitiativen – nicht das Zwischenlager in unmittelbarer Nähe des Salzbergwerks bei Remlingen sein, zumal das Zwischenlager dort auch mitten in einem Landschaftsschutzgebiet errichtet werden müsste. Und was noch schwerer wiegt die Tatsache, dass ein Zwischenlager in der Asse, was vom Asse-Betreiber Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) und dem Bundesumweltministerium angestrebt wird, sich zu nah an der Wohnbebauung von Remlingen befinden würde.

Deshalb forderte auch der Verein AufpASSEn am Dienstag in der konstituierenden Sitzung des Samtgemeinderates Elm-Asse in einer auf allen Tischen ausgelegten Presseerklärung: „Keine Atommüll-Fabrik und kein Zwischenlager an der Asse!“ Die Vereinsmitglieder lehnen damit die Planungen der Bundesgesellschaft für Endlager (BGE) ab, die vorsehen, ein Zwischenlager auf einer Fläche von etwa 360.000 Quadratmetern an der Asse mitten zwischen den Dörfern zu errichten. Dazu erklärte Heike Wiegel vom Verein AufpAssen: „Aufgrund der Datenlage beziehungsweise der Störfallbetrachtung zum Zwischenlager für den Atommüll aus dem Atommülllager Asse II zeigt sich deutlich, dass mit einem größerer Abstand vom Zwischenlager zur Wohnbebauung von mindestens vier Kilometer sich wesentlich weniger radioaktive Belastungen für die Anwohner ergeben.“

Außerdem besage das Strahlenschutzgesetz im Paragraphen 8 deutlich, dass jede Exposition oder Kontamination von Mensch und Umwelt auch unterhalb der Grenzwerte so gering wie möglich zu halten ist. Wiegels Schlussfolgerung lautet: „Längst liegen genügend Fakten auf dem Tisch, die eine fachlich Suche für eine Atommüllfabrik und ein Zwischenlager mit mindestens vier Kilometer Entfernung von jeglicher Wohnbebauung begründen. Ein größerer Abstand bietet immer eine größere Sicherheit.“

Denkbare alternative Standorte für ein Zwischen-

lager

Und damit wäre man bei denkbaren alternativen Standorten. Immer wieder ins Spiel gebracht wurden in der Vergangenheit Truppenübungsplätze, etwa bei Ehra-Lessin/Kneseneck mit Bahnanschluss und Luftlinie von Asse II nur etwa 56 Kilometer entfernt. Oder Gardeleben/Haldensleben, ebenfalls mit Bahnanschluss, 66 Kilometer von der Asse entfernt. Oder das 94 Kilometer entfernte Bergen-Hohne, das ebenfalls über einen Bahnanschluss verfügt und wo – wie bei den zuvor genannten Plätzen – ausreichend Abstand zu einer Wohnbebauung vorhanden wäre. Auch ehemalige Bunkeranlagen kommen als alternatives Zwischenlager in Frage. Riesige Bunkeranlagen befinden sich zum Beispiel im Harz zwischen Blankenburg und Halberstadt, etwa unter den Thekenbergen oder unter dem Regenstein. Beide Anlagen haben sogar Gleisanschluss, so dass der Müll aus der Asse nach der Bergung per Bahn direkt in diese alternativen Zwischenlager gebracht werden könnte und dort bis zum Weitertransport in ein Endlager gelagert werden könnte.

Doch all diese denkbaren alternativen Standorte wurden bisher nicht untersucht, obwohl das immer wieder von den Asse-Bürgerinitiativen und auch von den örtlichen Räten in Resolutionen gefordert wurde. Einziges Ergebnis dieser Bemühungen war bisher der 100-seitige Expertenbericht zum Beleuchtungsprozess, der am Montag in nichtöffentlicher Sitzung diskutiert und am 22. November im Event-Canter in Cremlingen der Öffentlichkeit vorgestellt wird. Vertreter des Asse-II-Koordinationskreises haben den Bericht schon ausgewertet und dazu eine umfangreiche Pressemitteilung erstellt, die mit der Überschrift versehen wurde: „Expertenbericht: Nachvollziehbarkeit der Entscheidung ... für einen Asse-nahen Standort ist ... nicht gegeben.“ Dazu bemerkte Andreas Riekeberg als Sprecher des Koordinationskreises: „Der am 18. Oktober 2021 veröffentlichte Expertenbericht gibt verschiedene Hinweise darauf, dass die Standortbestimmung an der Asse durch die BGE nicht sachgerecht durchge-

führt wurde.“

Einige aufgestellte Kriterien nicht beachtet

Die BGE habe insbesondere Transportbelastungen angeführt, um zu begründen, warum sie keine Standorte entfernt von der Asse, die dafür aber einen größeren Abstand zur Wohnbebauung ermöglichen, mit hiesigen Standorten vergleicht. Im Fazit der Expertengruppe heißt es dazu auf Seite 82: „Das Strahlenvermeidungs- und Minimierungsgebot schließt nicht grundsätzlich die Transporte radioaktiver Abfälle in ein Asse-fernes Zwischenlager aus.“ Außerdem schreibt die Expertengruppe: „Die planerische Eingrenzung, lediglich Asse-nahe Standorte in die Auswahl einzubeziehen, erfolgte ohne explizite Anwendung der Kriterien und Bewertungsgrößen des Kriterienberichts von 2014, sondern als Vorabentscheidung, obwohl entsprechende Kriterien für den Vergleich Asse-naher und Asse-ferner Standorte zur Verfügung gestanden hätten.“ Die vollständige Pressemitteilung ist auf unserer Internetseite zu finden.

Die Stellungnahme im Wortlaut:

Und das ist die Presseerklärung des Asse 2-Koordinationskreises anlässlich des „Expertenberichts zum Beleuchtungsauftrag Asse II“: „Expertenbericht: „Nachvollziehbarkeit der Entscheidung ... für einen Asse-nahen Standort ist ... nicht gegeben.“ Stellungnahme des A2K zum sog. „Expertenbericht“ des Beleuchtungsprozesses:

Der am 18. Oktober 2021 veröffentlichte Expertenbericht zum sog. „Asse II Beleuchtungsauftrag“ (1) gibt verschiedene Hinweise darauf, dass die Standortbestimmung an der Asse durch die BGE nicht sachgerecht durchgeführt wurde. Die BGE hatte Transportbelastungen angeführt, um zu begründen, warum sie keine Standorte entfernt von der Asse, die dafür aber einen größeren Abstand zur Wohnbebauung ermöglichen, mit hiesigen Standorten vergleicht. Im Fazit der Expertengruppe heißt es dazu: „Das Strahlenvermeidungs- und Minimierungsgebot schließt nicht grundsätzlich die Transporte radioaktiver Abfälle in ein Asse-fernes Zwischenlager aus. Durch den Verzicht auf eine kriterienbasierte Suche nach einem geeigneten Makrostandort für das Zwischenlager wurden verschiedene Aspekte außer Acht gelassen.“ (Expertenbericht, Seite 82 der Version mit redaktioneller Überarbeitung) Zu dieser Standortvorauswahl der BGE und zu deren politischer Bestätigung durch das BMU schreibt die Expertengruppe: „Die planerische Eingrenzung, lediglich Asse-nahe Standorte in die Auswahl einzubeziehen, erfolgte ohne explizite Anwendung der Kriterien und Bewertungsgrößen des Kriterienberichts von 2014, sondern

als Vorabentscheidung, obwohl entsprechende Kriterien für den Vergleich Asse-naher und Asse-ferner Standorte zur Verfügung gestanden hätten.“ (a.a.O., S. 55)

Zur Nicht-Anwendung der Ausschlusskriterien führt der Expertenbericht aus: „Eine hydrogeologische Charakterisierung der grundwasserleitenden Schichten, Angaben zur Wasserwegsamkeit der zahlreich vorhandenen tektonischen Störungen werden keine gemacht. Hinweise zu möglichen hydraulischen Verbindungen zu Vorflutern fehlen. Die Ausführungen bleiben vage und sind teilweise widersprüchlich.“ (a.a.O., S. 57) Sodann folgen Zitate aus dem Rückholplan, bevor das Resümee gezogen wird: „Das bedeutet, dass aus «Komplexität» und «Nichtwissen» auf «Eignung» geschlossen wurde.“ (a.a.O., S. 58) Damit wird bestätigt: Es wäre besser gewesen, für eine derartige Atomanlage von 360.000 Quadratmetern Grundfläche und 20 Metern Höhe gleich nach Standorten mit mindestens vier Kilometern Entfernung zur Wohnbebauung auf geeignetem Baugrund zu suchen. Die Expert*innen halten die Argumentation der BGE, lediglich Asse-nahe Standorte zu betrachten, für unzureichend, wenn sie schreiben: „zumindest weist das Kapitel zu Asse-fernen Standorten im Rückholplan deutliche Argumentationslücken auf. Die Nachvollziehbarkeit der Entscheidung des Vorhabenträgers für einen Asse-nahen Standort ist aufgrund dessen nicht gegeben.“ (a.a.O., S. 75) Allerdings können wir auch dem Expertenbericht nicht uneingeschränkt zustimmen.

Der Bericht stellt – der Vorgabe seiner Auftraggeber folgend – die angebliche Notwendigkeit, eine Atommüll-Behandlungsanlage an der Asse zu errichten, nicht in Frage. Er lässt mutwillig die GNS/WTI-Studie „Standortunabhängiges Konzept für die Nachqualifizierung und Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle aus der Schachanlage Asse II“ von 2011 außer Betracht, obwohl im Anhang des Berichts doch eine Stellungnahme der AGO zu genau dieser Studie als Dokument enthalten ist. Die GNS/WTI-Studie hat schon 2011 aufgezeigt, wie der geborgene Atommüll unter Tage beprobt und dann mit einer Umverpackung gut von der Asse abtransportiert werden könnte. Bei diesem Vorgehen würde ein Transportbereitstellungslager nur einen Bruchteil der Fläche von Zwischenlager und Atommüll-Behandlungsanlage erfordern, für eine Industrieanlage mitten in einem FFH-Naturschutzgebiet ein wichtiger Vorteil. Außerdem stellt der Expertenbericht – auch darin der Vorgabe seiner Auftraggeber folgend – nicht in Frage, dass sowohl der frühere Betreiber, das BfS, als auch der jetzige Betreiber, die BGE, als Belastung aus den Atomanlagen an der Asse nur die radioaktive Direktstrahlung betrachten, aber die Abgabe von radioaktiven Teilchen vernachlässigen.

Und das, obwohl Jahr für Jahr erhebliche Mengen besonders von radioaktivem Kohlenstoff, Wasserstoff (Tritium) und Radon aus dem Atommüll aus der Schachanlage Asse II in die Umgebungsluft freigesetzt wurden und werden. Diese Radionuklide müssen in einen Belastungsvergleich einbezogen werden! Wegen der zu erwartenden radioaktiven Belastungen aus einer Abfallbehandlungsanlage und einem Atommüll-Zwischenlager müssen unbedingt mehrere Standorte verglichen werden, die von Wohnbebauung mindestens vier Kilometer entfernt sind. Das Minimierungsgebot darf nicht nur auf die Transporte angewendet werden, sondern muss alle Aspekte radiologischer Belastung des Gesamtprojektes einbeziehen. Aufgrund der bekannten Faktenlage lehnt der Asse 2-Koordinationskreis einen Zwischenlagerstandort

und eine Atommüll-Verarbeitungsanlage an der Asse ab.

Der Asse II-Koordinationskreis (A2K) fordert: 1. eine Bergung des Atommülls entsprechend der WTI/GNS-Studie; 2. eine vergleichende Suche nach Standorten für das Zwischenlager, die mindestens vier Kilometer von jeglicher Wohnbebauung entfernt sind und sich auf sicherem geologischen Grund befinden; 3. die Einbeziehung von Bunker- und Tunnellösungen, die einen zusätzlichen Schutz z. B. gegen Flugzeugabstürze bieten; 4. die sofortige Aufnahme der Suche nach einem Endlager für den Atommüll aus der Schachanlage Asse II! Nur so kann gewährleistet werden, dass unnötige radioaktive Belastungen vermieden werden und ein weitgehender Schutz der Bevölkerung erfolgt.